

wird. Gegenwärtig sind diese Beziehungen behindert durch die unwürdigen Bestimmungen, denen Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in Westdeutschland unterworfen werden, so zum Beispiel durch die Bildung von Beobachtungsgruppen des Bundesverfassungsschutzes und des Bundesgrenzschutzes an der Grenze und im Bundesgebiet zur Bespitzelung der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik; durch den Einsatz Republikflüchtiger in den Interzonenzügen zur Feststellung sogenannter interessanter Personen aus der Deutschen Demokratischen Republik; durch die Anweisung an alle Ratsämter und Bürgermeister, jeden Versudi der Verbindungsaufnahme durch Bürger der DDR sofort zu melden und den Zweck ihrer Reise festzustellen, die verstärkte Kontrolle der persönlichen Gegenstände der Reisenden ohne Rücksicht auf das Alter und die Gesundheit der Personen sowie Ermittlungen über die Herkunft der finanziellen Mittel; durch die Ausnutzung des Reiseverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik und zur Organisierung einer aktiven feindlichen Tätigkeit gegen die DDR; durch die Ballonaktionen von Westberliner und westdeutschen Basen aus, durch die die Luftsicherheit sowie das Leben und Eigentum der Bürger der DDR und Berlins gefährdet werden.

Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die nach Westdeutschland reisen, werden in wachsendem Maße auf Grund der in Westdeutschland und Westberlin herrschenden Rechtsunsicherheit zum Freiwild der zahlreich in Westdeutschland und Westberlin bestehenden imperialistischen Geheimdienste und Agentenorganisationen, werden willkürlich verhaftet, von Angehörigen des Bundesverfassungsschutzes aus den Zügen geholt, unwürdigen Verhören unterworfen, ins Gefängnis gebracht oder grundlos in die Deutsche Demokratische Republik zurückgeschickt.

Es ist doch klar, daß wir uns nicht gleichgültig zu diesen Dingen verhalten können, daß wir die Interessen unserer Republik wahren müssen. Die Gesetze und Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik haben nicht die Einschränkung des Reiseverkehrs der Bevölkerung zum Ziel, wie die westliche Propaganda behauptet, sondern die Unterbindung der feindlichen Tätigkeit gegen die DDR. Wenn die westdeutschen Behörden wirklich an einem freien Reiseverkehr zwischen der DDR und der Bundesrepublik interessiert wä-